

„Spanien ist in Integrationsfragen erprobter“

MM-Interview der Europaparlament-Abgeordneten und Rumänien-Repräsentantin Renate Weber

Mallorca Magazin: Frau Weber, was halten Sie als gebürtige Rumänin und Rumänien-Repräsentantin im Europaparlament von der Kampagne der rumänischen Regierung zur Image-Verbesserung Ihrer Landsleute im Ausland?
Renate Weber: Solche Kampagnen, die darauf abzielen, die Wahrnehmung der Rumänen in Ländern der EU oder auch weltweit zu ändern, können immer nur Teil einer Langzeitstrategie sein. Einige Jahre habe ich geglaubt, wenn es uns gelingt, die Dinge innerhalb unseres Landes zu verbessern, werde das auch die Wahrnehmung von außen verbessern. Daran glaube ich inzwischen nicht mehr.

MM: Wie ist es Ihrer Ansicht nach zu dem schlechten Image gekommen?
Weber: Der Wechsel von Enthusiasmus und Schock rund um die blutigen Ereignisse, die die Ablösung des kommunistischen Regimes in Rumänien Ende 1989 begleiteten, haben zu einer weit verbreiteten Sicht der Rumänen als gewalttätig, faul und korrupt geführt. Dabei sind die Rumänen in der überwiegenden Mehrheit hart arbeitende Menschen, ehrlich und fleißig, lern- und anpassungsfähig. Ab 2000/2001 entschieden sich dann viele Rumänen, im Ausland zu arbeiten, vor allem in Italien, Spanien, aber auch in Irland, Großbritannien und Deutschland.

MM: In Italien ist das Image der Rumänen besonders schlecht. Aus Protest gegen die italienische Regierung, die die Fingerabdrücke aller Roma erfassen wollte, ließ sich der rumänische Innenminister im Sommer mediendramatisch die Fingerabdrücke abnehmen. Wie kam es dazu?
Weber: Basierend auf einige unakzeptablen Verbrechen, von nicht-italienischen Bürgern begangen, begann eine riesige Medienkampagne, die zu einer weit verbreiteten ausländerfeindlichen Atmosphäre führte – so als könne man Kriminelle aufgrund ihrer Nationalität oder Religionszugehörigkeit definieren. Das lehne ich entschieden ab.

MM: Und wie beurteilen Sie das Gelingen des rumänischen Integrationsprozesses in Spanien?
Weber: In Spanien ging die Regierung bei der Integration im Vergleich ganzheitlicher vor. Trotzdem fürchte ich, dass die Wirtschaftskrise, die uns alle betrifft, die Ausländerfeindlichkeit erneut anheizen kann.
MM: In Spanien, sagen Sie, haben die Rumänen im europaweiten Vergleich auch deutlich mehr politische (Wahl-)Rechte. Woran liegt das begründet?
Weber: Ich persönlich glaube, dass Spanien im Laufe der Jahre einfach erfolgreiche Strategien bei der Integration nicht-spanischer Arbeitskräfte erprobt und



Vorsitzende der Rumänischen Delegation der National-Liberalen Partei im Europaparlament: Renate Weber. Die Anwältin ist Mitglied im Rechts- und Entwicklungs- sowie im Ausschuss für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres.

entwickelt hat. Man konzentriert sich hier eher auf die Vorteile des multikulturellen Zusammenlebens und zeigt auch den Einheimischen auch die positiven Aspekte eines solchen Miteinanders und zielt damit auf mehr sozialen Frieden. Auch die Medien unterstützen diesen Integrationskurs mehrheitlich, so mein Eindruck.
MM: Trotzdem: Eine Arbeitserlaubnis zu bekommen, ist für Rumänen in Spanien nicht einfacher als im restlichen Europa, oder?
Weber: Ich bin persönlich sehr bestürzt, dass die Rumänen in verschiedenen

europäischen Ländern keinen vollen Zugang zum Arbeitsmarkt haben. Das erscheint mir unfair und entspricht sicher nicht dem Geist, den die Europäische Union verbreiten sollte. Eine kürzliche Untersuchung der Europäischen Kommission zeigt, dass der Zahl der arbeitenden Rumänen und Bulgaren von 0,2 auf 0,5 Prozent gestiegen ist, was sicherlich nicht viel ist.
MM: Glauben Sie, dass das Moratorium, wonach Rumänen vorab eine extra zu beantragende EU-Arbeitsgenehmigung einholen müssen, nicht, wie geplant, am 1. Januar 2009 abläuft, sondern verlängert wird?

Weber: Um ehrlich zu sein, fürchte ich, dass diese Restriktion auf dem Arbeitsmarkt aufgrund der aktuellen Wirtschaftskrise von verschiedenen Mitgliedsstaaten verlängert wird. Die Angst vor einer erhöhten Arbeitslosenrate wird sicherlich viele Regierungen antreiben, und eine der einfachsten Lösungen liegt eben darin, diese Übergangsphase zu verlängern – auch wenn das, meiner Ansicht nach, keine angemessene Lösung ist.
MM: Wie lauten Ihre Wünsche oder Forderungen an Gesellschaft und Politik, um eine echte Integration Ihrer Landsleute voranzutreiben?

Weber: Ich bin der Auffassung, dass zahlreiche Rumänen, egal, wo sie leben und arbeiten, aus verschiedenen Gründen diskriminiert werden. Sie kennen vielfach nicht einmal die Rechte in dem Land, in dem sie legal arbeiten: Rechte, die Arbeitszeit, Mindestlohn wie auch soziale und medizinische Absicherung betreffen. Viele haben auch keine Ahnung, welche Rechte ihre Kinder haben. Deshalb sollten sie sich besser organisieren im Ausland. Auch die rumänische Regierung sollte, meiner Ansicht nach, die Bildung von NGO (Nichtregierungsorganisationen) in den Ländern unterstützen, in denen Rumänen leben und arbeiten.

MM: Sollte die rumänische Regierung im Ausland also aktiver eingreifen?
Weber: Ich halte nichts von einer Art „Intervention“ von außen, aber ich unterstütze die Idee einer „Hilfe zur Selbsthilfe“. Eine vermehrte Kooperation zwischen rumänischer Regierung und den entsprechenden Stellen im Ausland macht durchaus Sinn. Vor allem sollten die rumänische Regierung mittels ihrer Konsulate deutlich mehr aktive Präsenz in den betroffenen Ländern zeigen als bislang. Ihre Zahl könnte in manchen Mitgliedsländern um das Vier- bis Fünffache steigen. □

Die Fragen stellte
Susanne Petersen.

